

ANTRAG Stadträtin Doris Baitinger (SPD) Stadträtin Angela Geiger (SPD) Stadträtin Gisela Fischer (SPD) Stadträtin Heike Backes (SPD) SPD-Gemeinderatsfraktion vom 6. Juni 2008	Gremium:	52. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin: Vorlage Nr.: TOP:	15.07.2008 1472 28 a
Neuorganisation der Betreuung und Beratung arbeitsloser Menschen		

1. Die Stadtverwaltung legt dar, welche Überlegungen es für die nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes notwendig gewordene Neuorganisation der Betreuung und Beratung arbeitsloser Menschen gibt.

2. Die Stadtverwaltung legt insbesondere dar,
 - wie künftig deren Betreuung und Beratung organisiert werden soll;
 - welche neuen Kooperationsformen angedacht sind;
 - wie sie zum Modell der freiwilligen Kooperation steht.

3. Die Stadtverwaltung informiert über die Optimierungschancen einer noch umfassenderen und zielgenaueren Betreuung.

Sachverhalt / Begründung:

Im Dezember 2007 hat das Bundesverfassungsgericht die derzeitige Form der Zusammenarbeit von Bundesagentur für Arbeit und Kommunen in Arbeitsgemeinschaften für verfassungswidrig erklärt. Die in Karlsruhe ab Januar 2005 gut gestartete Zusammenarbeit zwischen Agentur für Arbeit und Sozialamt hat sich bewährt, wie die aktuellen Arbeitslosenzahlen der Region Karlsruhe zeigen. Bedingt durch die notwendige Neustrukturierung besteht nun aktuell die Chance, eine noch bessere und zielgenauere Betreuung durch eine optimierte Zusammenarbeit zu organisieren.

unterzeichnet von:

Doris Baitinger
Angela Geiger
Gisela Fischer
Heike Backes

Hauptamt - Sitzungsdienst -
4. Juni 2008